

Aktionsgemeinschaft Energiesicherung und Kerntechnik - AEK e.V.

Der Vorsitzende des Vorstandes

**Ausschuss für Digitalisierung und Innovation
Fachausschuss A20 der aktuellen 17. Wahlperiode
Landtag von NRW
Ausschussassistentin Susanne Stall**

vorab per Fax: 0211 884 – 3002

**Stellungnahme zum Antrag „Forschungskompetenz in den Bereichen
Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen
erhalten bleiben“ vom 10.12.2019 - Drucksache 17/8099**

Die „Aktionsgemeinschaft Energiesicherung und Kerntechnik – AEK e. V.“ wurde 1981 als bundesweiter Verband gegründet (eingetragen im Vereinsregister beim Amtsgericht Aschaffenburg unter VR 10222) mit dem Zweck der Förderung des Umweltschutzes die Reinhaltung der Luft, des Wassers und des Bodens, die Bekämpfung von Lärm, die Einhaltung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen sowie die Sicherstellung der Energieversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes. Auch die Förderung des Naturschutzes fällt unter den Satzungszweck, soweit dies durch die Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden sowie die Bekämpfung von Lärm erreicht werden kann (§3, Abs. 2 der Satzung der AEK).

In Bezug auf den o. g. Antrag möchten wir eine Stellungnahme mit Verweis auf die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog vom 26. April 1997 abgeben. Diese als „Ruck-Rede“ bekannt gewordene Ansprache scheint aktueller denn je, und daher hier einige kurze Auszüge:



Der Staat leidet heute besonders unter dem Mythos der Unerschöpflichkeit seiner Ressourcen....Führen wir angesichts dieser Probleme überhaupt noch die richtigen Debatten? ... Die Welt um uns herum ist hochkompliziert geworden, der Bedarf an differenzierten Antworten wird infolgedessen immer größer. Aber gerade bei den Themen, die am heftigsten diskutiert werden, ist der Informationsstand des Bürgers erschreckend gering.

*Stattdessen gefallen wir uns in Angstszenarien. Kaum eine neue Entdeckung, bei der nicht zuerst nach den Risiken und Gefahren, keineswegs aber nach den Chancen gefragt wird. Kaum eine Anstrengung zur Reform, die nicht sofort als "Anschlag auf den Sozialstaat" unter Verdacht gerät. Ob Kernkraft, Gentechnik oder Digitalisierung: Wir leiden darunter, dass die **Diskussionen bei uns bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden – teils ideologisiert, teils einfach "idiotisiert". Solche Debatten führen nicht mehr zu Entscheidungen**, sondern sie münden in Rituale, die immer wieder nach dem gleichen Muster ablaufen.*

Diese Rituale könnten belustigend wirken, wenn sie nicht die Fähigkeit, zu Entscheidungen zu kommen, gefährlich lähmen würden. Wir streiten uns um die unwichtigen Dinge, um den wichtigen nicht ins Auge sehen zu müssen.

Roman Herzog benennt explizit das Phänomen der „Scheinsachverständigen“ und fragt, wer den Gang der Gesellschaft bestimmt: „Diejenigen, die die demokratische Legitimation dazu haben, oder jene, denen es gelingt, die Öffentlichkeit für ihr Thema am besten zu mobilisieren“.

Die etablierten Parteien (CDU, FDP und SPD) lehnen wiederholt durchaus sinnvolle und gut erarbeitete Anträge der AfD ab, wovon in diesem Fall eindringlich zu warnen ist. Dazu ist das Thema zu wichtig und die Faktenlage zu erdrückend.

Das SPD-geführte Bundesumweltministerium wird in rein ideologisch motivierter Art und Weise geführt, und setzt sich in den letzten Jahren auch über Grundgesetze der Physik hinweg. Ein Industrieland wie Deutschland braucht eine Grundlastversorgung, die durch die sogenannten volatilen Energien (Wind und Solar) nicht gedeckt werden kann. Insbesondere bei sogenannten Dunkelflauten, wo Wind und Solar gleichzeitig ausfallen, bliebe dann nur noch importiertes Gas bzw. importierter Strom, wodurch sich unser Land politisch und wirtschaftlich abhängig machen würde. Diese Gefahr einer massiven Abhängigkeit hat unsere Politiker (übrigens auch die der SPD) in der Vergangenheit genau zum Ausbau der Kernenergie veranlasst.

Es mehren sich in letzter Zeit die Forderungen aus der Wirtschaft (VW-Chef Diess, Linde-Aufsichtsratschef Wolfgang Reitzle, CDU-Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker u. v. m) den übereilten Ausstieg aus der Kernenergie zu überdenken. Es ist schlicht falsch, dass der sogenannte „Atomausstieg“ einem breiten gesellschaftlichen Konsens folgt. Selbst die Abstimmung im Bundestag erfolgte unter Fraktionszwang. Die Aussage von Ministerpräsidenten Armin Laschet, dass es vielleicht doch nicht so schlau war, gleichzeitig aus Kohle und Kernkraft auszusteigen, zeigt den verbreiteten Wunsch einer Neubewertung der Kernenergie, die in persönlichen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP wiederholt von uns bemerkt wurde.

Auf die internationale Lage der Kerntechnik wollen wir hier nicht eingehen, dies lässt sich leicht recherchieren. Niemand ist Deutschland beim Ausstieg gefolgt, wie dies so oft von Politikern prognostiziert wurde. Im Gegenteil, es werden neue Kraftwerke gebaut und in die Forschung bzgl. neuer Konzepte investiert. Jede Nation hat verstanden, dass Energie von strategischem wirtschaftlichem Interesse ist.

Auf die Probleme der Energiespeicherung mit „Power-to-x“ Verfahren bzw. auf den Hype bzgl. Wasserstoff kann man an dieser Stelle nicht eingehen. Auch hier vergisst die Politik die Grundgesetze der Physik. Egal wie viel Geld man in diese Forschung steckt, ein „perpetuum mobile“ wird es einfach nie geben.

Was fordert der Antrag:

Dass eine moderne Industriegesellschaft preiswerte und sichere Energie benötigt, und dies gerade auch im Hinblick auf eine zunehmende Digitalisierung, ist eine Selbstverständlichkeit. Dies wird eigentlich nur von der SED-Nachfolgeorganisation DIE LINKE und BÜNDNIS90/GRÜNE geleugnet, die zutiefst industrie-feindlich sind und unser Land kaputtregieren wollen.

Die Tabuisierung und der Entzug der Förderung auf dem Gebiet der Kerntechnik und relevanter Gebiete ist in der Tat ein besorgniserregender Eingriff in die durch das Grundgesetz verbürgte Freiheit der Forschung. Die GRÜNEN nutzen ihre Position in den Landtagen und im Bundestag, um jeden Cent zu hinterfragen, der irgendwie auch nur ansatzweise in die Forschung zur Kerntechnik oder in Gutachten fließen könnte. Die „kleinen Anfragen“ von GRÜNEN und LINKEN in den Parlamenten haben ein Ausmaß angenommen, das unerträglich erscheint und in den Behörden, Ministerien und Ämtern dazu führt, dass man lieber keine Fördermittel vergibt, um nicht in eine Flutwelle von Verunglimpfungen und Schikanen durch die GRÜNEN zu geraten. Diese „Hexenjagd“ – das muss man einfach mal so offen sagen – ist unerträglich und beschämend für eine freiheitliche Demokratie im 21. Jahrhundert.

Nordrhein-Westfalen mit dem Forschungszentrum Jülich (bestehend heute nur noch aus der Jülicher Entsorgungsgesellschaft JEN, den noch nicht entsorgten AVR-Kugeln und den Bestrebungen, selbst die Kernphysik an die GSI Darmstadt zu verlegen), der Hochschule Jülich, der RWTH Aachen, den Lehrstühlen an der Ruhruniversität Bochum, früher auch Universität Dortmund, Essen, Bergische Universität Wuppertal, dem Kugelhaufenreaktor von Prof. Rudolf Schulten (Aachen), dem geplanten Schnellen Brüter in Kalkar war einmal führend in der Kerntechnik und Reaktorsicherheitsforschung. Der Kugelhaufenreaktor ist auch heute noch ein modernes Konzept mit vielen Vorzügen, das allerdings in China gebaut wird. Die deutsche Sicherheitstechnik beeindruckte weltweit und zeugte von solidem Ingenieurwissen und „deutscher Gründlichkeit“. Diese Sicherheitsphilosophie setzte Maßstäbe, aber heute werden deutsche Sachverständige in den internationalen Gremien mit dem Hinweis auf den deutschen Ausstieg nicht mehr gefragt.

Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) in Köln wird an der „kurzen Leine“ gehalten. Die Kollegen müssen um die Finanzierung bangen und ihnen fehlt, wie dem TÜV Rheinland, der qualifizierte Nachwuchs. Die GRS wird zudem durch Vorgaben aus der Politik thematisch eingeschränkt.

In Fragen der Entsorgung unserer Kernkraftwerke, insbesondere der Endlagerung, hat sich Deutschland ein „weiße Landkarte“ verordnet, obwohl die Industrie Milliarden in die Entsorgungsforschung gesteckt hatte und man uns weltweit um den Salzstock in Gorleben bewundert hat. Das Endlager Konrad wird von Wolfram König, einem von Jürgen Trittin installiertem Landschaftsgärtner und seines Zeichens Präsident

des BASE verzögert, nicht nur zum Leidwesen der Sachverständigen in den deutschen Amtsstuben, sondern sogar zum Verdruss der Gerichte. Die ganze Politik zur Endlagerung ist von den GRÜNEN bis zur Unkenntlichkeit ideologisiert worden, um die Kernenergienutzung in Deutschland so teuer wie möglich zu machen. Es grenzt an Absurdität in einem Entwicklungsland, was da teilweise geschieht.

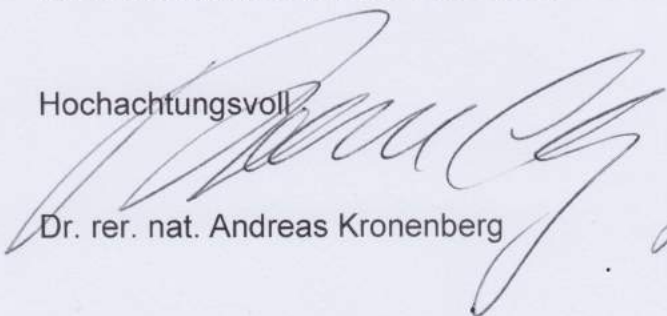
Durch das faktische Verbot der Forschung zu innovativen Reaktorkonzepten wie dem Kugelhaufenreaktor, den man auch in ganz kleinen Modulen für die Bereitstellung von Prozesswärme in der chemischen Industrie entwickelte, oder dem Schnellen Brüter, der den langlebigen und radiotoxischen Anteil in den abgebrannten Brennelementen „verbrennen“ könnte, verbaut man sich nicht nur, die zukünftige Möglichkeit die Kernenergie als Energiequelle zu nutzen, man verzichtet auch auf die „spin-off“ Effekte, die die Kerntechnik auf anderen Gebieten, wie den Materialwissenschaften, hatte. Zudem fehlen zunehmend die Expertisen in den Forschungsbereichen, die für die sinnvolle Endlagersuche notwendig wären, wie z.B. die Radiochemie. Denn auch diese Nebenfächer sind in Deutschland nicht mehr möglich zu betreiben.

Das deutsche Handelsschiff „Otto Hahn“, das mit einem Druckwasserreaktor angetrieben wurde, könnte die Blaupause für emissionsfreie Schifffahrt bieten, wenn die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte (zusammengenommen über alle Kernkraftwerke haben wir einen Erfahrungsschatz im Betrieb von Kernreaktoren von 18400 Jahren weltweit) mit den Neuerungen in den Materialwissenschaften zu neuen Reaktortypen führen würden. Die hohe Leistungsdichte aus dem nuklearen Prozess ließe leistungsfähige Schiffmotoren zu.

Eine sachliche Analyse der derzeitigen Lage der Kerntechnik in Deutschland kann nur zu einer Wiederbelebung von Forschung & Lehre führen, die man ohnehin auch zur Bewältigung der Entsorgung braucht. Die Politik hat Forschung und Lehre lange vor dem Ausstiegsbeschluss kaputtgeredet, man hat Lehrstühle geschlossen und das Studium unattraktiv gemacht. Vergessen sind die Tage, als die Kernwissenschaften noch die Besten der Besten anlockte und es in den wissenschaftlichen Kolloquien an den Universitäten vor Nobelpreisträgern nur so wimmelte.

Bitte tragen Sie dazu bei, dass die Diskussion wieder versachlicht wird. Die völlige Ideologisierung der Kerntechnik-Debatte mit selbsternannten Experten, die mit Halbwahrheiten und der Verdrehung von Fakten gezielt Ängste schüren, ist schädlich für den Industriestandort Deutschland und damit für die Zukunft unserer Kinder.

Hochachtungsvoll


Dr. rer. nat. Andreas Kronenberg

2.4.2020